
104/PET XXV. GP

Eingebracht am 02.03.2017

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Petition

Karlheinz Kopf



An Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien, Österreich

Wien, am 2.3.2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

In der Anlage überreiche ich/ überreichen wir Ihnen gem. §100 (1) GOG-NR die Petition betreffend dem raschen Abbau der Windkraftwarteschlange

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Ökostromnovelle (Ökostromgesetz)

Dieses Anliegen wurde bis zur Einbringung im Nationalrat von 50 BürgerInnen unterstützt.

Mit der Bitte um geschäftsordnungsmäßige Behandlung dieser Petition verbleibe ich/verbleiben wir
Mit freundlichen Grüßen

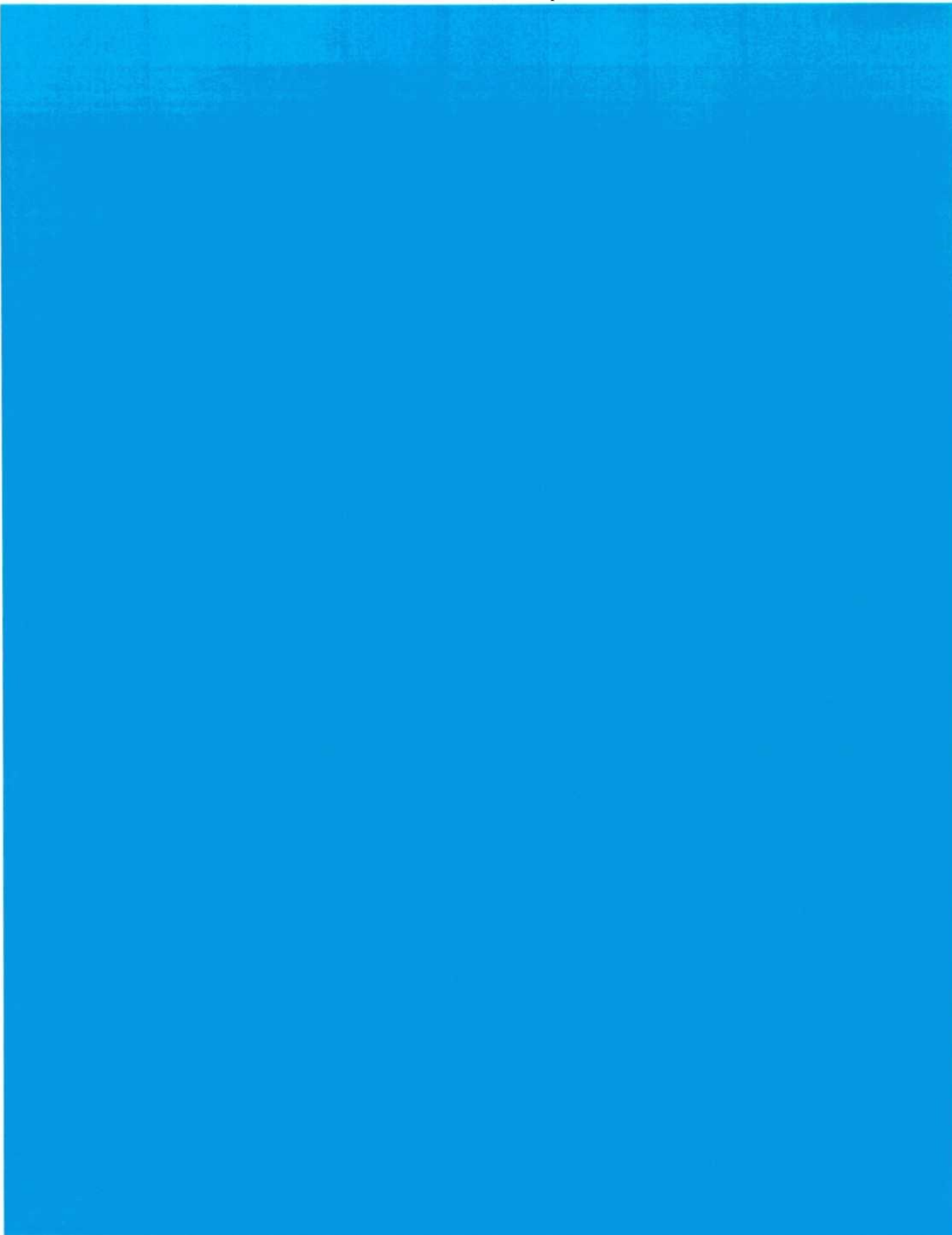
Anlage

Hinweis: Ggf. vorgelegte Unterschriftenlisten werden nach dem Ende der parlamentarischen Behandlung datenschutzkonform vernichtet bzw. gelöscht, soweit diese nicht nach den Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes zu archivieren sind

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.



Rund 50 Bürgermeister und Bürgermeisterinnen fordern eine rasche Realisierungsperspektive für ihre Windkraftprojekte und einen Abbau der Warteschlange baureifer Windkraftprojekte, die bei der Förderstelle (OeMAG) eingereicht sind.



IG Windkraft
Wiener Straße 19
3100 St. Pölten
igw@igwindkraft.at
www.igwindkraft.at

50 Gemeinden fordern sofortigen Abbau der Windkraft-Warteschlange **Bürgermeister und Bürgermeisterinnen fordern dringend Verbesserungen bei der kleinen Ökostromnovelle**

Während sich der Nationalrat im Parlament erstmals mit der kleinen Ökostromnovelle befasst, fordern vor dem Parlament Bürgermeister und Bürgermeisterinnen eine Realisierungsperspektive für Windkraftprojekte in ihren Gemeinden und einen Abbau der Warteschlange bei der Förderstelle. Sie haben mit Bedauern festgestellt, dass der vorliegende Entwurf der Ökostromnovelle ihre Windparks verzögert oder sogar verhindert. „Der Regierungsentwurf würde den jährlichen Windkraftausbau sogar kürzen und enthält bisher keine Verbesserung für die Windkraft“, so Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft. „Daher liegt alle Hoffnung auf den Verhandlungen im Nationalrat.“

Aktuell hängen 260 Windräder mit einer Leistung von 850 MW in der Warteschlange bei der Förderstelle fest. „Es kann nicht sein, dass wir zuerst von Land und Bund animiert werden Windparks im Gemeindegebiet zu genehmigen und dann die Umsetzung an den Rahmenbedingungen des Ökostromgesetzes scheitert. Die kleine Ökostromnovelle muss die rasche Umsetzung dieser Projekte ermöglichen“, fordert Franz Werdenich, Bürgermeister von Potzneusiedl. Die Windkraftprojekte, die in der Warteschlange hängen, sind alle von der Bevölkerung gewollt, fertig genehmigt und könnten morgen gebaut werden. Auf einem Schlag könnten sie sauberen Strom für 2,5% des österreichischen Stromverbrauches liefern und heimische Energieversorgung für Österreich sicherstellen. „In unserer Gemeinde haben wir intensiv über das Windkraftprojekt diskutiert. Wir hatten viele - auch hitzige - Diskussionen, Infoveranstaltungen und eine Volksbefragung, bei der sich über 80% der Menschen für die Windkraft ausgesprochen haben. Ich bin sehr stolz auf meine Gemeindeglieder, denen ich aber nur schwer erklären kann, warum ein Projekt, das alle notwendigen Genehmigungen aufweist und von einer so großen Mehrheit getragen wird, aufgrund schlechter rechtlicher Rahmenbedingungen auf Jahre hinaus verzögert werden soll“, berichtet Herbert Mihaly, Bürgermeister von Au am Leithagebirge.

Windkraft bringt Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung

Die genehmigten Windparks sichern bei ihrer Umsetzung viele Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung gerade in strukturschwächeren Regionen. Bei der Errichtung werden Investitionen von 1,4 Milliarden Euro ausgelöst und es sind über 5.000 Personen beschäftigt. Zusätzlich werden 460 Dauerarbeitsplätze durch Wartung und Betrieb der Anlagen gesichert. „In unserer Gemeinde stehen schon seit Jahren Windräder und erzeugen sauberen und umweltfreundlichen Strom. Für den neuen Windpark hat es keinen einzigen Einwand gegeben. Wie sollen unsere Gemeindeglieder verstehen, die wissen, wie umweltfreundlich die Windstromerzeugung in der eigenen Gemeinde ist, wieso es nun nicht mehr möglich sein soll weitere Windräder in unserer Gemeinde zu errichten“, erläutert Herbert Bauch, Bürgermeister von Dürnkrot.

„Eine weitere Verzögerung der Windparkprojekte ist nicht zu akzeptieren“, so Moidl und setzt abschließend fort: „Wie kann es sein, dass man nach der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens, die Möglichkeit nicht nutzt die Energiewende voranzutreiben. Die Regierung muss die selbst gesteckten Ziele, die sie in der neuen Regierungsvereinbarung festgeschrieben hat auch ernst nehmen.“

Folgende Gemeinden brauchen eine rasche Realisierungsperspektive für ihre Windparks:

In Summe sind derzeit 51 Gemeinden von der Warteschlange der genehmigten Windkraftprojekte bei der Förderstelle betroffen.

Burgenland:

Im Burgenland sind 11 Gemeinden betroffen:

Baumgarten, Bruckneudorf, Gattendorf, Gols, Mönchhof, Neudorf, Nickelsdorf, Nikitsch, Pama, Potzneusiedl, Zurndorf

110 Windräder stecken in der Warteschlange.

70 Windräder laufen Gefahr, niemals einen Vertrag zu erhalten.

Niederösterreich:

In Niederösterreich sind 38 Gemeinden betroffen:

Altlichtenwarth, Au am Leithaberge, Bruck an der Leitha, Dürnkrot, Ebreichsdorf, Gänserndorf, Gaweinstal, Gnadendorf, Grafenschlag, Groß-Schweinbarth, Großgöttfritz, Großkrut, Gtöbrußbach, Hauskirchen, Hof am Leithaberge, Hürm, Irnfritz-Messern, Japons, Mannersdorf am Leithagebirge, Markersdorf-Haindorf, Markgrafneusiedl, Matzen-Raggendorf, Mistelbach, Moosbrunn, Neusiedl an der Zaya, Obersiebenbrunn, Palterndorf-Dobermannsdorf, Pottendorf, Poysdorf, Sallingberg, Scharndorf, Spannberg, Stronsdorf, Trautmannsdorf an der Leitha, Trumau, Untersiebenbrunn, Velm-Götzendorf, Zistersdorf

150 Windräder stecken in der Warteschlange. 110 Windräder laufen Gefahr, niemals einen Vertrag zu erhalten.

Steiermark:

In der Steiermark sind 2 Gemeinden betroffen.

Mürzzuschlag, Fischbach

5 Windräder stecken in der Warteschlange und laufen Gefahr, niemals einen Vertrag zu erhalten.

In weiteren Gemeinden erhalten

Windkraftprojekte

in Kürze die Genehmigung:

Brunn an der Wild, Ernstbrunn, Fischbach, Glinzendorf, Meiseldorf, Munderfing, Sigmundsherberg, Unterstinkenbrunn



Unterstützungserklärung für die Umsetzung österreichischer Windkraftprojekte

Aufgrund der Zielsetzungen des Bundeslandes als auch jener des Bundes sind in den letzten Jahren Windkraftprojekte in unserer Gemeinde entwickelt worden. Dabei ist viel Informationsarbeit und auch Auseinandersetzung über das Thema Windkraft in unserer Gemeinde passiert. Sowohl die Bevölkerung als auch die Gemeindepolitik hat sich aktiv für den Ausbau der Windenergie im Gemeindegebiet ausgesprochen und die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen, dass diese Windkraftprojekte gebaut werden können.

Mit Überraschung haben wir festgestellt, dass unsere Windkraftprojekte durch die nicht adäquaten Förderbedingungen mit einer um Jahre verzögerten Realisierungsperspektive dastehen. Aus unserer Sicht ist es unhaltbar, dass mit Zonierungsplänen und landesweiten Zielsetzungen die Projektierung von Windkraftprojekten ermöglicht wird, am Ende aber deren Umsetzung wieder in Frage gestellt wird. Gerade im Zeichen der Klimakonferenz in Paris und der neuen Zielsetzung der Regierung bis 2030 100% erneuerbare Stromerzeugung in Österreich zu erreichen, ist die Behinderung von baureifen Windkraftprojekten unverständlich. Wir fordern daher eine umgehende Änderung der Rahmenbedingungen, dass die Windkraftprojekte in unserer Gemeinde, in die sehr viel Aufwand in planerischer, politischer und informativer Richtung aufgewendet wurde, auch umgesetzt werden können.

Wir fordern eine rasche Realisierungsperspektive für unsere Windkraftprojekte und einen Abbau der Warteschlange baureifer Windkraftprojekte, die bei der Förderstelle (OeMAG) eingereicht sind

Anmerkung der Parlamentsdirektion:

„Die obenstehende Unterstützungserklärung wurde von 50 betroffenen Gemeinden unterstützt. Die Liste der Gemeinden findet man auf der vorigen Seite.“